



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 75 - Plenarwoche 20. - 24. Oktober 2008

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen: Island bald Mitglied der EU?

Nachdem Island bisher einen Beitritt zur Europäischen Union abgelehnt hat, scheint sich -offenbar im Lichte der globalen Finanzkrise- ein Umdenken anzudeuten. Nicht nur die Regierung hat ein Interesse angedeutet, auch die Mehrheit der Isländer möchte nun in einem Referendum über einen EU-Beitritt ihres Landes entscheiden. Jeder zweite Befragte sprach sich in einer Umfrage für einen Beitritt zur EU aus, 27% lehnen eine Mitgliedschaft hingegen ab. Signale kommen derzeit auch direkt aus Brüssel: Am Montag empfahl der EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn dem von der Finanzkrise geschüttelten und am Rande des Bankrotts stehenden Land, einen Antrag auf Beitritt zur EU zu überlegen.

Island ist bereits Teil des Europäischen Wirtschaftsraumes und des Schengen-Abkommens. Zwischen der EU und Island gibt es seit langem keine Zollgrenzen mehr. Island lockt an der EU vor allem die Aussicht auf einen Beitritt zum Euro. Ein Problem besteht jedoch im Fischereisektor, der für fast 30% der Ausfuhren und fast 5% der Wirtschaftsleistung steht. Nach einem Beitritt müsste Island seine Fischereipolitik EU-Vorgaben anpassen und Flotten aus anderen EU-Staaten in seine Gewässer lassen.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Europäisches Familienrecht im Fall von "internationalen Ehen"

Die Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen sowie die Regelungen über das anwendbare Recht für so genannte "internationalen Ehen", also Ehen, bei denen die Paare entweder unterschiedlicher Nationalität sind, in unterschiedlichen Ländern leben oder gemeinsam im Ausland leben, werden klarer gefasst. Inhaltlich geht es in der neuen Verordnung um Scheidungsverfahren solcher Ehen und damit zusammenhängende Sorgerechtsfragen und Unterhalt. Die Eheleuten sollen für den Fall der Entscheidung sowohl das zuständige Gericht das als auch das anwendbare Recht wählen können.

2. "Erasmus Mundus II"-Programm

Das Europäische Parlament hat das Programm "Erasmus Mundus" auf den Weg gebracht. Das Programm dient der Zusammenarbeit und Mobilität im Bereich der Hochschulbildung und hat zum Ziel, die EU weltweit als Exzellenzzentrum des Lernens zu fördern. Ein Budget von 950 Mio. Euro ist für den Zeitraum von 2009 bis 2013 vorgesehen. Erasmus Mundus soll hoch qualifizierte, ausländische Studenten und Akademiker anwerben, nach Europa zu kommen. Die erste Phase des Programms läuft seit 2004, die zweite soll 2009 starten und ist bis 2013 angesetzt. Die Halbzeitbewertung des laufenden Programms zeigt dessen Erfolg: Im Zeitraum von 2004 bis 2008 wurden 4424 Stipendien an Studenten aus Drittländern vergeben, 323 (davon 265 europäische) Universitäten nahmen teil.

3. EP verabschiedet Richtlinie über Leiharbeit

Mit der vom EP verabschiedeten Richtlinie über Leiharbeit wird ein gemeinsamer Rahmen für die Leiharbeit geschaffen. Ziel ist es, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Entwicklung von neuen flexiblen Arbeitsformen beizutragen und dabei den Schutz der Arbeitnehmer zu gewährleisten. Die Richtlinie sieht u.a. die Gleichbehandlung der verschiedenen Arbeitnehmer in entleihenden Unternehmen, auch hinsichtlich der Bezahlung, ab dem ersten Arbeitstag vor. Sie legt fest, dass die wesentlichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Leiharbeitnehmer während der Dauer ihrer Überlassung an ein entleihendes Unternehmen mindestens denjenigen entsprechen, die für sie gelten würden, wenn sie von dem Unternehmen unmittelbar für den gleichen Arbeitsplatz eingestellt worden wären. Innerhalb von drei Jahren müssen die Mitgliedstaaten nun die Richtlinie in nationales Recht umsetzen.

4. Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge

Das EP hat eine neue Richtlinie verabschiedet, durch die der Markt für umweltfreundliche Fahrzeuge angeregt und gefördert werden soll. Die neue Richtlinie sieht vor, dass Behörden sowie gewisse Unternehmen bei der Beschaffung von Straßenfahrzeugen nicht nur den Beschaffungspreis sondern auch ihre über die gesamte Lebensdauer anfallenden Energie- und Umweltauswirkungen (inklusive Energieverbrauch, CO₂-Emissionen und weitere Schadstoffemissionen) berücksichtigen müssen. Im Falle einer öffentlichen Ausschreibung müssen die über die gesamte Lebensdauer des Fahrzeugs anfallenden Energie- und Umweltauswirkungen als Vergabekriterien berücksichtigt werden. Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, gewisse Fahrzeuge vom Anwendungsbereich der Richtlinie auszunehmen. Hierbei handelt es sich um Fahrzeuge, die hauptsächlich für den Einsatz auf Baustellen, in Steinbrüchen, in Häfen oder auf Flughäfen konstruiert und gebaut sind sowie um Fahrzeuge, die für den Einsatz durch die Streitkräfte, den Katastrophenschutz, die Feuerwehr und die Ordnungskräfte konstruiert und gebaut sind.

5. Entschließung zur Finanzkrise

In einer Entschließung verlangen die Abgeordneten, die Funktionsweise des derzeitigen Finanzsystems von Grund auf zu überdenken und für ein gut aufeinander abgestimmtes zügiges Vorgehen der EU in der Finanzkrise zu sorgen. Allerdings betonen sie, dass die Grundsätze des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht unterlaufen werden dürfen, und dass die Mitgliedstaaten eine Haushaltskonsolidierung anstreben sollen. Weiter seien eine Stärkung der Aufsichts- und Regulierungsbestimmungen, die Herstellung stabiler Marktbedingungen, legislative Maßnahmen zur Rolle der Rating-Agenturen, zu Hedge-Fonds und zu Transparenz nötig.

III. Weitere Themen waren

- Klimawandel
- Filmpreis des Europäischen Parlaments (LUX-Preis)
- Schutz von Kindern bei Nutzung des Internets
- Richtlinie zum Schutz der Verbraucher im Hinblick auf Teilnutzungsrechte
- Zulassungsbedingungen von Arzneimitteln
- Catherine Ashton als neue EU-Kommissarin für Handel bestätigt
- Bericht über die Herausforderungen für Tarifverträge in der EU
- Haushaltsplan 2009
- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Flughafenentgelte
- Gleichwertigkeit von Rechnungslegungsgrundsätzen

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>
